

# Nur Mut!



Foto: Philip Eichler

## Inhalt

### Hintergrund

- Wehrhafte Demokratie – 2 –
- US-Autoritarismus – 3 –
- Solidarität als Waffe – 4 –
- Paulskirche: Schlaglichter – 5 –
- Der Fall Brosius-Gersdorf – 8 –

### Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –

### Aktiv

- »Tax the Rich« Bundestagspetition – 9 –
- Wasserstoff aus Namibia – 9 –

### Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

### Kiosk

- Attac-Basistext 63 – 11 –

Ein Titelbeitrag zum Thema Autoritarismus? »Puh, das ist ein niederschmetterndes Thema, wie soll man da eine positive Kurve kriegen?« Die Begeisterung in der Redaktion hielt sich in Grenzen. Ja, das Thema ist niederschmetternd. Scheinbar hilflos schauen wir dem Erstarken des Autoritarismus in so vielen Staaten zu: Ungarn, Argentinien, die USA ebenso wie von jeher anti-demokratische Regime à la Iran oder Saudi-Arabien oder das sich nach innen und außen zunehmend autoritär gebärdende Israel, um nur einige zu nennen. Dazu kommt der anhaltende Erfolg der AfD in Deutschland und die erschreckend eilfertige Übernahme von Inhalten und Begriffen vom äußerst rechten Rand durch die Unionsparteien. Wie können wir, wie können emanzipatorische Bewegungen darauf noch angemessen, gar wirksam reagieren?

Gerade weil das Thema so viele Menschen umtreibt, hielten wir bei Attac die Zeit für

gekommen, dazu eine Veranstaltung zu organisieren. Welcher Ort könnte dafür geeigneter sein als die Frankfurter Paulskirche? Nicht nur wurde dort 1849 die erste deutsche Verfassung durch das erste halbwegs demokratisch gewählte Parlament Deutschlands – Frauen und viele Arme waren nicht wahlberechtigt – verabschiedet, auch Attac hat inzwischen eine ganz eigene Geschichte mit diesem Ort. 2018 besetzten Attac-Aktivist\*innen die Paulskirche und wiesen mit der Forderung »Her mit der Demokratie!« schon damals darauf hin, dass die Grundrechte in Gefahr sind und gestärkt werden müssen. Und vor fünf Jahren begingen wir dort mit einem Festakt das zwanzigjährige Jubiläum von Attac Deutschland.

Auch bei unserer Veranstaltung »Den Abstieg ins Autoritäre stoppen!« im Juni dieses Jahres war die Paulskirche gut gefüllt. An die 500 Menschen harrten bei größter Hitze aus, um die Keynotes und Diskussionen auf den Podien

zur Rolle der Zivilgesellschaft in einer lebendigen Demokratie zu verfolgen und sich in die Debatte einzubringen. Und da zeigte sich bei aller Sorge: Machtlos sind wir nicht. Unser Auftrag lautet jetzt, die Demokratie zu stärken und zu verteidigen. Und wir haben auch Werkzeuge dafür zur Hand. Zwei dieser Werkzeuge spielten in nahezu allen Beiträgen eine zentrale Rolle: Widerstand und Solidarität. Beides kann und muss alltäglich gelebt werden, als positiver Gegenentwurf zu autoritärer Einschüchterung und als Schutz für Menschen, die konkret von autoritärer Politik bedroht sind. Jetzt gemeinsam einzustehen für eine solidarische Gemeinschaft, im Kleinen wie im Großen, das wird die stärkste Waffe sein im Kampf gegen den aufkeimenden Faschismus. Deshalb wollen wir in dieser Ausgabe noch einmal Rückschau halten auf die Paulskirchenveranstaltung – um dann gestärkt und mutig weiter zusammen voranzugehen!

## Zivilgesellschaft als Grundrechte-Gewerkschaft

# Die Waffen der wehrhaften Demokratie

Als einen »Aufruf zu einer demokratischen, einer rechtsstaatlichen und einer sozialen Offensive« wolle er seine Keynote verstanden wissen, erklärte Heribert Prantl bei der Attac-Veranstaltung gegen den Abstieg ins Autoritäre und zur Rolle der Zivilgesellschaft im Juni in der Frankfurter Paulskirche. Der Journalist und Autor, langjähriges Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, nahm dafür seine beiden liebsten Absätze aus dem Grundgesetz als Startpunkt: Den Artikel 1 zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen, und, gerade in Bezug auf die Rolle der Zivilgesellschaft so wichtig, Artikel 20, in dem das Widerstandsrecht gegen Verfassungsfeinde festgeschrieben ist.

Diesem Widerstandsrecht schreibt Prantl dabei besondere symbolische Bedeutung zu: als Forderung und Mahnung, sich beständig für Demokratie einzusetzen. Denn nur stetiger kleiner Widerstand, wie er in vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen verankert ist und wie er sich in Aktionen wie denen von Attac, den »Omas gegen Rechts« und vielen anderen zeigt, verhindert, dass man eines Tages wieder den großen Widerstand leisten muss. Widerständige Aktionen sind laut Prantl daher nicht nur ein Grundrecht, das sich die Zivilgesellschaft nehmen kann – sie sind eine rechtsstaatliche Pflicht. Die wehrhaften Artikel des Grundgesetzes sind ausdrücklich gedacht als Instrumente gegen die Verrohung von Staat und Gesellschaft und müssen umso dringender genutzt werden, als der Einfluss verfassungsfeindlicher Gruppen zunimmt. Sie zu aktivieren, wenn die Verfassung von einer feindlichen Übernahme bedroht ist, sollte selbstverständlich sein, schließlich sollen sie verhindern, dass die Demokratie über demokratische Wege von ihren Feinden zerstört wird.

Heribert Prantl plädiert deshalb ausdrücklich für ein Verbotsverfahren gegen die AfD; nicht nur, um Demokratie und Verfassung vor ihr zu schützen, sondern auch als Signal an die Gesellschaft: Es ist dem Rechtsstaat ernst. Schließlich geht es nicht einfach nur »gegen die AfD«, sondern darum, Menschen konkret vor den Folgen einer autoritären Wende zu schützen. »Je stärker Gruppierungen sind, die die Menschenwürde angreifen, desto wichtiger ist es, die Waffen der wehrhaften Demokratie zu entrostet. Es geht nicht um einen abstrakten Schutz der Demokratie, es geht um den konkreten Schutz von Menschen, von Migranten, von Juden, von Menschen mit Behinderungen. Um sie geht es bei einem



Fotos: Philip Eichler

Verbotsantrag«, sagte Prantl in der Paulskirche. Er sprach von einer »demokratischen Mobilmachung«, für die es höchste Zeit sei, um dem »Nie wieder« Rechnung zu tragen.

Für umso beunruhigender hält Prantl unter diesen Vorzeichen die Rechtsprechung im »Fall Attac«. Mit der Bestätigung des Entzugs der Gemeinnützigkeit brachte sich der Bundesgerichtshof als Gegner der Zivilgesellschaft in Stellung, obwohl die doch so dringend als Stützpfeiler der Demokratie gebraucht wird. Politische Bildung, sobald sie in konkreten Forderungen mündet, wurde mit dem Urteil abgewertet. Der Einsatz für politische Willensbildung, für die Befähigung möglichst vieler Menschen, sich aktiv an der Gestaltung der Demokratie zu beteiligen, wurde als nicht förderungswürdig beschieden. Dieses Urteil bezeichnet Prantl als »Beginn eines toxischen Irrwegs«, der zu der »Kleinen Anfrage« der Union führte, die damit ebenfalls versuchte, die kritische Zivilgesellschaft zu diskreditieren. In ihr, so Prantl, »ist die vergiftete Saat des Bundesfinanzhofurteils aufgegangen.«

Nötig ist für ihn ein anderes Politikverständnis: Demokratie ist nicht in erster Linie der regelmäßige Gang an die Wahlurne. Demokratie ist ein andauernder gesellschaftlicher Prozess, und es ist wünschenswert – und natürlich förderungswürdig – wenn sich möglichst viele

Menschen daran beteiligen. »Demokratie ist ein Lebensprinzip und eine Wertegemeinschaft. Zu ihr gehört das ständige Nachdenken und das zivilisierte Streiten darüber, (...) welche Werte besonders wichtig sind und wie diese verwirklicht werden«, betonte Prantl in seiner Rede.

Von Prantls Beitrag bleiben zwei Dinge nachdrücklich im Gedächtnis, die auch den Weg in die Zukunft weisen können: Zum einen ist es nicht nur ein Recht, sondern eine Notwendigkeit, dass die Demokratie zu ihrem eigenen Schutz beständig erstritten und gestaltet wird. Die kritische Zivilgesellschaft ist dabei besonders gefordert und verdient deshalb auch besondere Förderung. Zum anderen gilt es, eine neue Begeisterung für demokratische Politik zu entfachen, indem sie so vertreten wird, dass sie einen attraktiven Gegenpol zu Verrohung und Empathielosigkeit, wie sie autoritaristische Gruppierungen verbreiten, erlebbar und erstrebenswert macht. Die Zukunft muss kein Schreckgespenst sein, sie ist zum Besseren gestaltbar!

**Jule Axmann** arbeitet im Bundesbüro von Attac in der Öffentlichkeitsarbeit.

Alle Keynotes gibt es unter: [attac.de/zivilgesellschaft](http://attac.de/zivilgesellschaft)

US-Autoritarismus und die Lehren für uns

## Lächerlichkeit und Schrecken



Foto: Philip Eichler

Die Situation in den USA treibt auch hierzulande viele Menschen um; viel zu häufig schwappten die dortigen Verhältnisse in ähnlicher Form schon über den großen Teich. Mit ihrer Keynote am 21.6. in der Paulskirche gab uns die Journalistin Annika Brockschmidt einen Einblick in die gegenwärtige US-Politik. Ein Unterschied zu Trumps erster Amtszeit, so stellte sie voran, ist die Geschwindigkeit, mit der die neue Regierung mithilfe einer ungeheuren Anzahl von Exekutivverordnungen die Fundamente der amerikanischen Demokratie angreift und sich über die Legislative und die Judikative stellt.

Das ist nicht zufällig so. Hinter dem Umbau des Staates steckt der Plan »Project 2025«, eine 900-seitige Blaupause aus der konservativen Denkfabrik Heritage Foundation. Zum Plan von Project 2025 gehört ein radikaler Personalaustausch in den Bundesbehörden, bei dem Tausende Mitarbeiter durch eine rechtskonservative Gefolgschaft ersetzt werden sollen. Elon Musk hat als Leiter der DOGE-Behörde den Grundstein dafür gelegt. Der Plan verfolgt zudem die Eliminierung alles Liberalen. Kritischen Universitäten werden Mittel verweigert, Inhalte außerhalb des MAGA-Konsens werden entfernt, schulische Lehrpläne werden von fortschrittlichen Inhalten gesäubert. Kern der Umweltagenda von Project 2025 ist der Roll-back zu fossilen Energien. Der Ausbau der Erneuerbaren soll gestoppt, Emissionsbeschränkungen sollen gekippt und die Ausbeutung von Öl und Gas wieder forciert werden.

Dass das Aushöhlen der Gewaltenteilung so schnell und weitreichend möglich war, liegt für Annika Brockschmidt an mehreren Faktoren: Zum einen haben die Republikaner mit ihrer Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses die Unabhängigkeit der Legislative bereitwillig aufgegeben. Zum Zweiten können die Gerichte nur reagieren, wenn Klage vorliegt. Dabei vergeht wertvolle Zeit. Und drittens setzt sich die Trump-Regierung über für sie unbequeme Gerichtsurteile teilweise einfach hinweg.

Warum hat es so lange gedauert, bis es zu großen landesweiten Protesten kam? Der Weg ins Autoritäre erfolgt meist schleichend. Für viele nicht marginalisierte Menschen ändert sich zunächst im Alltag wenig. Zum anderen hat die Spitze der Demokratischen Partei sich zu lange der Illusion von »politics as usual« hingegeben. Demokratische Kräfte laufen allzu oft rechten Erzählungen hinterher, statt konsequent zu reagieren. Das kommt uns bekannt vor.

Um zu begreifen, wie es faschistischen Kräften gelingt, Massen zu gewinnen, sieht die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Cara New Daggett einen Zusammenhang zwischen Klimakrise und zunehmendem Autoritarismus. In ihrem Buch »Petromaskulinität« beschreibt sie Autoritarismus als reaktionäre Antwort zur Verteidigung des gefährdeten Status quo. Appelle zum sparsamen Umgang mit erneuerbaren Energien werden als Bedrohung für die Freiheit des unbegrenzten Konsums empfunden. Dazu kommt bei Männern die empfundene Bedrohung patriarchaler Macht. Beides greifen Rechte auf.

Die Stunde des Autoritarismus schlägt Degett zufolge in dem Moment, in dem beide Systeme in der Krise sind: Die fossile Energiewirtschaft wegen der Klimakrise, die Geschlechterhierarchie und -binarität wegen der feministischen und queeren Selbstbehauptung. Der Faschismus ist die gewaltsame Kompensation für aufkommende Ängste und Ohnmacht. Wenn die Dinge zunehmend außer Kontrolle geraten, wächst der Wunsch nach einer Führung, die behauptet, alles im Griff zu haben. Das tut Trump. Er gibt vor, alles unter Kontrolle zu haben. Dabei geht es allein um die Belange der »eigenen Leute« und der ethnonationalistisch definierten Heimat. Das Leiden anderer wird ausgeblendet bis hin zum Krieg gegen Empathie, der sich in Massenabschiebungen aus den USA oder der Auflösung von USAID zeigt.

Doch der Protest in der US-Zivilbevölkerung wird lauter. Auch wenn in einem so großen Land die Koordinierung einer einheitlichen Protestbewegung schwierig ist, gab es Anfang Juni in allen 50 Bundesstaaten etwa 2000 Demonstrationen mit fünf Millionen Teilnehmenden in Solidarität mit den Angegriffenen in Los Angeles und im Rahmen der »No Kings«-Proteste am Tag von Trumps Militärparade.

Die Lehre für uns? »Lächerlichkeit und Schrecken gehen Hand in Hand im Faschismus, sie schließen einander nicht aus. Beides gleichzeitig zu sehen ist wichtig, um nicht in ein Gefühl der Ohnmacht zu verfallen« so Annika Brockschmidt.

Die Aushöhlung der Demokratie kann Erfolg haben, wenn Kräfte des demokratischen Spektrums in der Absicht, rechtsextreme Wähler\*innen »zurückzugewinnen« beginnen, rechte Erzählungen zu übernehmen – wie bei uns Teile der CDU. Und sie kann Erfolg haben, wenn Entmenschlichung normalisiert wird und »demokratische« Parteien marginalisierten Gruppen nicht gegen Hass und Hetze zur Seite stehen. Für die Zivilgesellschaft gilt laut Brockschmidt: »Solidarität ist etwas, woran Faschismus zerschellt. Fordert sie ein von euren Politiker\*innen, lebt sie in eurem eigenen Umfeld und steht für einander ein, geht auf die Straße, seid laut!«

**Achim Heier** ist Mitglied im Attac-Rat und aktiv in der Projektgruppe »RohstoffEnergieHunger stoppen!«

Alle Keynotes gibt es unter: [attac.de/zivilgesellschaft](https://attac.de/zivilgesellschaft)

Natascha Strobl in der Paulskirche

## Wir brauchen einander!

Wie lässt sich der globale Trend zum Autoritarismus einordnen? Die österreichische Sozialwissenschaftlerin und Publizistin Natascha Strobl gab darauf im Rahmen der Attac-Veranstaltung in der Paulskirche eine klare Antwort: Sie bezeichnete ihn als neue Form des Faschismus und beleuchtete dabei sowohl Ursachen als auch Gegenstrategien. Dem möglichen Einwand, dass Faschismus als bloßes Schimpfwort missverstanden wird oder falsche historische Bilder aufruft, hielt sie fünf Merkmale entgegen, die aktuell in einer spezifischen Form zu beobachten sind:

*Ideologisch (1)* ist der Faschismus nach dem britischen Historiker Roger Griffin ein »palinogenetischer Ultrationalismus«. Das heißt, er steht für die Idee der Wiederauferstehung (Palinogenese) des Volkes, der Nation, der Kultur, der Rasse im Sinne der Rückkehr in eine glorreiche mythische Vergangenheit. Trumps Slogan »Make America Great Again« ruft genau das auf. In einer globalisierten Welt haben wir es zusätzlich auch mit einem globalisierten, transnationalen Faschismus zu tun, der durch die Vorstellung von größeren »weißen« Kulturräumen verbunden ist.

Als *gemeinschaftliche Praxis (2)* bedeutet Faschismus die Ausübung einer moralisch entgrenzten und lustvoll erlebten Gewalt. Hier verwies Strobl auf die digitalen Mobs, deren Hetzjagden in den Sozialen Medien Menschen in die Verzweiflung treiben – teils bis zum Selbstmord.

Mit Blick auf seine gesellschaftlichen Ursachen ist der Faschismus eine *Reaktion auf gesellschaftliche Krisen (3)*. In den sogenannten Kulturkämpfen greift er massenhaft erfahrene Frustration auf und präsentiert angeblich Schuldige – Feminist\*innen, Veganer\*innen, Migrant\*innen und andere – wodurch die eigentlichen Ursachen der Krise völlig aus dem Blick geraten. Diese tatsächlichen Wurzeln benannte Strobl in deutlichen Worten: »Die Frustration kommt aus vierzig Jahren Neoliberalismus, die Frustration kommt daher, dass wir seit Jahren alle zu Einzelkämpfer\*innen gemacht werden, dass wir ständig in Konkurrenz zueinander stehen, vom Kindergartenplatz über die Schule, den Arbeitsplatz, die Wohnung, zum Prestige und den Klicks.« Dazu kommt die Klimakrise, deren demokratische Bewältigung kompliziert ist und die weitere Fluchtbewegungen verursacht. Auch dazu hat die nationalistische Rechte ein ideologisches Angebot: Ursa-



Foto: Philip Eichler

che der Klimakrise sei die Überbevölkerung und nicht etwa der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des globalen Nordens, die Produktionsweise des Kapitalismus oder die fossilen Industrien.

Hier zeigt sich Faschismus als potenzieller *Bündnispartner für bedrohte Kapitalfraktionen (4)*. Wenn »die einzige Krisenlösung ein ökonomischer Systemwechsel ist, gibt es genügend Fraktionen im Kapital die lieber Faschismus als Demokratie wollen«, so Strobl. Die Tech-Milliardäre und die fossilen Konzerne, die Trumps Wahlkampf finanziert haben, sind der offensichtlichste Ausdruck davon. Ihre Geschäftsmodelle sollen weiterlaufen und der demokratische Staat soll sich raushalten. Die anderen, die angeblich zu viel oder schuld sind, sollen weg, und die weiße, fossile Welt des Nordens soll zur Festung ausgebaut werden.

Weil der Faschismus aber keine wirklichen Lösungen anzubieten hat, erweist er sich am Ende als *Herrschaft durch Terror (5)*. Terror, wie er zum Beispiel in willkürlichen Verhaftungen zum Ausdruck kommt, wirkt schon durch die reine Drohung und die Unsicherheit, welche Regeln morgen noch gelten. Das führt oft zur Anpassung in der Hoffnung, nicht selbst getroffen zu werden. Am Ende ein fataler Irrglaube, betont Strobl. Entsprechend bedrückend beschrieb sie die Stimmung in der österreichischen Zivilgesellschaft, als Anfang des Jahres kurzzeitig die

Wahl eines faschistischen Bundeskanzlers als Möglichkeit im Raum stand. Aus der Erfahrung riet sie, hierzulande schon jetzt zu überlegen, welche Menschen, Orte und Daten gegebenenfalls wie zu schützen sind.

Aber »die Zukunft muss nicht furchtbar sein«. Die vielfältigen Krisen zeigen, dass es so, wie es ist, nicht weitergeht. Nur: Was kommt danach? Ein grüner Neoliberalismus oder ein autoritärer, der mit Faschismus kompatibel ist, oder doch eine humanere und demokratischere Zukunft? Dafür spricht laut Strobl, dass Menschen soziale Wesen sind, die ohne Kooperation gar nicht überleben könnten und die sich auch im Alltag spontan helfen. Wichtig ist es jetzt, solidarische Beziehungen zu stärken – zu Freund\*innen, in der Nachbarschaft, im Betriebsrat, in der freiwilligen Feuerwehr und in Vereinen. »Wir brauchen einander, wir haben einander und wir sind solidarisch miteinander, das ist das beste Mittel gegen Faschismus – und gegen Neoliberalismus«, so Strobls mit viel Applaus bedachtes Schlusswort.

**Holger Oppenhäuser** arbeitet im Bereich Bildung und Veranstaltungen im Attac-Bundesbüro.

Alle Keynotes gibt es unter: [attac.de/zivilgesellschaft](http://attac.de/zivilgesellschaft)



»Wenn Zivilgesellschaft eingeschüchtert wird, mit Bürokratie gelähmt wird, diskreditiert wird, dann trifft das das Herz einer Demokratie. Wenn man diejenigen, die Lust machen auf Demokratie, die Lust machen auf Vielfalt, die Lust machen auf Klimaschutz, Umweltschutz, Demokratie lähmt – bürokratisch, vor Gericht, mit Diffamierung –, dann verhindert man das Begründen einer wünschenswerten Zukunft.«

**Baro Vicenta Ra Gabbert (Greenpeace)**



»Um eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen, braucht es ein positives Menschenbild. Es zeigt sich immer wieder, dass Menschen eigentlich sehr soziale und solidarische Wesen sind, wenn man ihnen keinen Mist erzählt. Und deshalb sollte man sich die Menschlichkeit bewahren und nicht den Parolen von rechtsaußen hinterherlaufen und die Grenzen schließen, nur weil die AfD es fordert. Da ist die Regierungskoalition auf genau dem falschen Weg. Wir brauchen eine gemeinsame Vorstellung von einer solidarischen Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt.«

**Julia Elwing (Attac)**



»Den Medien kommt in dieser Situation eine große Verantwortung zu. Doch gerade sehen wir zur Primetime im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Antidemokrat\*innen, die unsere pluralistische Gesellschaft und unsere Werte infrage stellen. Aber es geht nicht nur um die Frage, ob man AfDler\*innen überhaupt einlädt. Was wir auch sehen, ist, dass rechtsextreme Positionen sehr unkritisch übernommen, dass Straftaten kulturalisiert und marginalisierte Gruppen stereotyp dargestellt werden. Das führt zu medialen Zerrbildern, die für die betroffenen Menschen gefährlich sind. Dort muss guter Journalismus dagegenhalten. Das bedeutet, dass wir menschenrechtsbasierte Haltungen in Redaktionen brauchen, statt entmenslichter Debatten.«

**Elena Kountidou (Neue deutsche Medienmacher\*innen)**



»Ich plädiere dafür, darüber nachzudenken, ob das Erstarken extrem rechter Bewegungen weltweit nicht etwas damit zu tun hat, dass der Kapitalismus, in dem wir leben, immer wieder dazu neigt, Krisen hervorzubringen, die den Menschen die Zukunft nehmen, was dann der Anknüpfungspunkt für den Faschismus ist. Dass diese Gesellschaft eben immer ökonomische Macht ballt, die dann in politische Macht transformiert wird, die dann den herrschenden Eliten die Möglichkeit gibt, das Stück Sozialstaat zurückzutreiben, was wir uns mal erkämpft haben. Und dass diese Gesellschaften offensichtlich Ideologien warmhalten, die man, wenn es ernst wird, auch wieder aktivieren kann.«

**Hans-Jürgen Urban (IG Metall)**



»Wir haben nicht nur ein Problem mit einer parteiförmigen Rechtsextremen, sondern wir haben eine Eskalation. Das sind nicht nur Leute, die den autoritären Kapitalismus wollen, das sind nicht nur die Tech-Faschisten, sondern das sind ja auch Leute, die Lust haben an Rassismus, an Wohlstands-Chauvinismus. Die wollen auch, dass andere untergehen, dass sie ertrinken, und das muss man ernst nehmen, wenn man sich dem Thema nähert. Diese Eskalation führt dazu, dass viele Leute aus der Öffentlichkeit verdrängt werden, dass sie nicht mehr sichtbar sind – und das nicht nur im digitalen Raum. Migrantisierte Menschen, Jüdinnen und Juden, Muslime zeigen sich zum Beispiel in Teilen Ostdeutschlands aufgrund der Einschüchterungssituation nicht mehr. Wir müssen jetzt dringend überlegen, was wir tun können, um diese Leute zu unterstützen.«

**Timo Reinfrank (Amadeu Antonio Stiftung)**



»Es bringt der Union nichts, die Narrative der AfD anzunehmen. Setzen Sie eigene Themen! Unsere Zeit ist geprägt von Krisen und Demokratieverdrossenheit; eine lebendige Demokratie ist auf eine kritische und aktive Zivilgesellschaft angewiesen. Wir benötigen gerade deshalb mehr Aufklärung, mehr Einsatz für Demokratie, überall in der Gesellschaft. Wir benötigen mehr politische Bildung und keine Einsparung in diesem Bereich.«

**Jutta Shaikh (Omas gegen Rechts)**



Attac-Veranstaltung »Den Abstieg ins Autoritäre stoppen« in der Paulskirche in Frankfurt am Main, Foto: Philip Eichler



Bildaktion zum Start der Attac-Bundestagspetition »Tax the Rich« vor dem Berliner Reichstag, Foto: Olga Blackbird

## Rückblick

11. Mai 2025

### Rente statt Rendite – eine solidarische und armutsfeste Altersvorsorge ist möglich

Eine Reform des deutschen Rentensystems und damit eine armutsfeste Alterssicherung scheinen nicht in Sicht. Viele gesetzliche Renten liegen unter oder nur knapp über dem Grundversicherungsniveau. Statt den dringend notwendigen Reformbedarf bei der aktuellen Altersvorsorge anzugehen, werden Nebelkerzen wie die sogenannte Frühstart-Rente geworfen, die eine Gelddruckmaschine für private Rentenkonzerne und ein riskantes Vorhaben in Hinblick auf die Sicherheit der Renten sind. Der neue Attac-Basistext »Rente statt Rendite« widerlegt kursierende Mythenzählungen über die gesetzliche Rente, analysiert aktuelle Entwicklungen und macht Vorschläge, mit welchen Maßnahmen die gesetzliche Alterssicherung stabilisiert werden könnte. (Siehe auch Seite 11.)

6. Juni 2025

### Arbeitszeit kürzen statt verlängern!

Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung ihre Absicht erklärt, die Begrenzung der Höchstarbeitsdauer auf acht Stunden aufzulösen. Das soll steuerliche Anreize für Überstunden und für eine Beschäftigung über den Renteneintritt hinaus schaffen. Diese Pläne sind sozialpolitisch und volkswirtschaftlich verheerend. Deregulierte Arbeitszeiten haben konkrete negative Folgen für Arbeitnehmende und somit auch für die Wirtschaft. Für Attac ist die Arbeitszeitverkürzung nach wie vor ein wichtiger Bestandteil einer sozialen und ökologischen Transformation und verbindet die Klimabewegung mit den Gewerkschaften. Aus Nachhaltigkeitsgründen ist es dringend geboten, die Normalarbeitszeit zu reduzieren, um Emissionen zu verringern und zeitliche

Ressourcen für nachhaltige Lebensweisen zu schaffen.

11. Juni 2025

### Gaza: Anhaltende Eskalation ohne politische Lösung

Die Lage im Gazastreifen spitzt sich weiter zu. Die Hoffnung auf eine Waffenruhe, die auch von den Familien der von der Hamas entführten israelischen Geiseln gefordert wurde, hat sich zerschlagen. Die israelische Regierung hat das zuletzt ausgehandelte Waffenstillstandsabkommen nicht eingehalten, sondern eine neue militärische Großoffensive begonnen. Auch im Westjordanland nimmt die Gewalt zu. Nach Angaben verschiedener Beobachter\*innen werden dort zehntausende Palästinenser\*innen von der israelischen Armee vertrieben, Häuser zerstört und landwirtschaftliche Flächen angegriffen. Es gibt zahlreiche Todesopfer. Attac fordert, die Rüstungsexporte sofort auszusetzen und das Völkerrecht jetzt durchzusetzen.

12. Juni 2025

### Die unendliche Geschichte der Abwehr von Geflüchteten

Die Bundesregierung plant eine Aussetzung des Familiennachzugs für Menschen mit subsidiärem Schutzstatus. Dies würde Geflüchtete erneut weiter einschränken und aktiv ausgrenzen. Attac sieht die negativen Entwicklungen in der deutschen Asyl- und Migrationspolitik im Zusammenhang mit grundlegenden politischen Versäumnissen der letzten Jahre. So wurde die öffentliche Infrastruktur über Jahrzehnte vernachlässigt und die Klimakrise nicht entschieden genug bekämpft, wodurch die Kosten für die Folgeschäden stetig steigen. Statt über diese politischen Versäumnisse zu sprechen, werden zur Ablenkung Geflüchtete zu Sündenböcken auserkoren. Attac fordert eine grundsätzliche Abkehr von einer Politik, die Menschen als poli-

tisches Mittel nutzt, um eigene Versäumnisse zu kaschieren. Menschenrechte statt Abschottung und soziale Gerechtigkeit statt Profitgier!

21. Juni 2025

### Den Abstieg ins Autoritäre stoppen!

Zum Thema »Die Rolle der Zivilgesellschaft in einer lebendigen Demokratie« veranstaltete Attac eine Diskussionsveranstaltung in der Paulskirche in Frankfurt mit vielen interessanten Gästen und lebhaften Diskussionen. Mehr dazu im Schwerpunkt dieses Hefts.

26. Juni 2025

### Zehn-Punkte-Papier für eine soziale und ökologische Wende in der Handelspolitik

Attac fordert gemeinsam mit mehr als einem Dutzend zivilgesellschaftlicher Organisationen von der neuen Bundesregierung einen radikalen Kurswechsel in der Handelspolitik. In der Kritik stehen vor allem die drohende Aufweichung des europäischen Lieferkettengesetzes, der geplante Abschluss klimaschädlicher Handelsabkommen wie dem zwischen der EU und dem Mercosur und der fortgesetzte Export von in der EU verbotenen Produkten in Länder mit niedrigeren Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Statt Deregulierung braucht es Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Transparenz. Die Bundesregierung darf sich nicht länger hinter geopolitischen Argumenten verstecken, um Konzerninteressen auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten durchzusetzen.

8. Juli 2025

### Gesundheit ist keine Ware – kein weiterer Abbau des Sozialstaates!

Die Bund-Länder-Kommission berät erneut über Reformen der Pflegeversicherung – vorgeblich mit dem Ziel, die soziale Pflegeversicherung zukunftsfest aufzustellen. Vor allem sollen Finanzlöcher gestopft werden, und das auf Kos-



Aktion gegen das EU-Mercosur-Abkommen und giftige Handelsdeals vor dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Berlin, Foto: Jörg Farys



Unterschriften-Sammelaktion für die Bundestagspetition »Tax the Rich« und Attac-Infostand auf dem Herzberg-Festival in Breitenbach, Foto: Martin Übelacker

ten der Pflegebedürftigen. Laut einem Bericht des Bundesrechnungshofs droht den Pflegekassen bis 2029 eine Finanzlücke von 12,3 Milliarden Euro. Daher berät die Bund-Länder-Kommission über Kürzungen im Pflegebereich. Auch die Einführung einer »Karenzzeit« bis zum Leistungseintritt steht im Raum. Die Pflegekasse, die ohnehin nur einen Teil der anfallenden Pflegekosten übernimmt, würde dann erst ab einer gewissen Frist zahlen. Bis dahin müssten Pflegebedürftige ihre Pflege komplett selbst finanzieren. Attac fordert dagegen eine vollständige Reform der Sozialversicherungen, zu denen auch die Pflegeversicherung gehört, und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die alle Einkommensarten heranzieht. Der Sozialstaat darf nicht zu Lasten der Menschen weiter abgebaut werden.

18. Juli 2025

**Gerechter Welthandel statt Zollkrieg**

Der Handels- und Zollstreit zwischen der Europäischen Union und den USA dauert an. Sowohl die EU als auch die Vereinigten Staaten fürchten Nachteile für ihre Exportwaren durch die Bevorzugung heimischer Unternehmen durch staatliche Unterstützung. Mit Trump hat die bewusste Missachtung multilateraler Institutionen und Regeln zugenommen. Diesen Entwicklungen sollte entschieden entgegengetreten werden, aber auch die EU hat in der Vergangenheit ungleiche Handelsbedingungen oder sogenannte »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen« (EPAs) machtvoll erzwungen. Und die neue Bundesregierung will solche Abkommen ratifizieren. Attac fordert von der EU, die Handelspolitik der rücksichtslosen Konkurrenz und die Exportorientierung auf Kosten anderer zu beenden. Stattdessen sollte die aktuelle Krise genutzt werden, um sich mit denen zusammenzuschließen, die gemeinsam für einen globalen sozialen und ökologischen Umbau der Weltwirtschaft stehen.

24. Juli 2025

**Tax the Rich: Bundestagspetition schafft Quorum**

Die Attac-Bundestagspetition »Tax the Rich« erreicht bereits nach der Hälfte der sechswöchigen Online-Laufzeit das ausgewiesene Quorum von 30.000 Mitzeichnungen und qualifiziert sich damit für eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags. (Siehe Seite 9.)

29. Juli 2025

**Öffentlichen Verkehr für alle fördern**

Statt aktiv daran zu arbeiten, Emissionen im Verkehrssektor einzusparen, will die Bundesregierung klimaschädliches Fliegen über eine Senkung der Luftverkehrssteuer sogar noch weiter fördern. Diese Subventionen verbilligen den Flugverkehr künstlich, während die Folgekosten ausgelagert werden. Gleichzeitig weigert sich die Bundesregierung, in klimafreundliche Mobilität zu investieren. Der Bundeszuschuss für das Deutschlandticket soll nicht erhöht werden, und ab 2027 ist eine massive Erhöhung des Ticketpreises geplant. Soziale Verkehrswende heißt: Öffentlichen Verkehr für alle fördern, statt klimaschädlichen Flugverkehr für weit weniger Menschen zu subventionieren. Attac fordert, das Deutschlandticket dauerhaft zu einem stabilen und günstigen Preis zu sichern und die notwendigen Finanzmittel für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bereitzustellen.

31. Juli 2025

**Deal im EU-US-Zollstreit: TTIP durch die Hintertüre**

Die Einigung zwischen EU und USA soll die Eskalation im Handelskrieg zwischen den beiden Machtblöcken vorläufig beenden. Statt der angedrohten 30 Prozent werden nun 15 Prozent Zölle für EU-Waren, im Gegenzug

keine Zölle auf US-Waren in der EU erhoben. Zusätzlich sollen Milliardeninvestitionen in die USA getätigt werden, allen voran durch den Kauf fossiler Energie und Rüstungsgüter. Dadurch erlangen die USA nun einen beispiellosen Marktzugang zur Europäischen Union. Der Deal mit den USA ist eindeutig ein Versuch des Weißen Hauses, das gescheiterte TTIP-Abkommen durch die Hintertür durchzusetzen. Attac fordert die EU auf, ihre Handelspolitik komplett zu überdenken, toxische Abkommen wie EU-Mercosur zu stoppen und zugleich Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine soziale und ökologische Transformation in der EU ermöglichen.

## Ausblick

Immer jeden dritten Montag im Monat

**#isso-Webinar**

- 22. September: Öffentlicher Luxus
  - 27. Oktober: Medizinische Versorgung Geflüchteter
  - 24. November: Rechte Gewalt gegen Frauen
  - Dezember: Winterpause
- Alle Informationen: [attac.de/webinare](http://attac.de/webinare)

**Save the Dates**

- 20. September: Bundesweiter Klimastreik
- 1. Oktober – 15. Oktober: Speakers Tour »Grüner Wasserstoff aus Namibia – ein neues Kapitel deutscher Kolonialgeschichte?«
- 24. Oktober – 16. Oktober: Herbstratschlag in Hannover
- 29. November: Kauf-Nix-Tag
- 29. – 30. November: Widersetzen in Gießen gegen die Gründung eines neuen AfD-Jugendverbandes

Weitere Informationen und genaue Termine: [attac.de/veranstaltungen](http://attac.de/veranstaltungen)

Der Fall Brosius-Gersdorf

## Rechtsstaat und Demokratie unter Feuer im rechten Kulturkampf



Foto: David Firle

Wo demokratiefeindliche Gruppierungen an Einfluss gewinnen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Demokratie zu stabilisieren. So hatten erst im Dezember 2024 Bundestag und Bundesrat mit Stimmen von Union, SPD, Grünen und der Linken beschlossen, das Bundesverfassungsgericht besser zu schützen. Um zu verhindern, dass zentrale Regelungen zur Struktur und Arbeitsweise eines der fünf stehenden Verfassungsorgane der Bundesrepublik mit einfacher Mehrheit geändert werden können, wurden diese Ende des vergangenen Jahres in das Grundgesetz überführt.

Diese Beschlüsse erfolgten vor dem Hintergrund konkreter Beobachtungen, die unter anderem am Beispiel des autokratisch herrschenden Victor Orbán in Ungarn und dem autoritären Umbau Polens unter der PiS-Regierung gemacht werden konnten: Die Gewaltenteilung, ein Grundpfeiler demokratischer Systeme, gerät schnell ins Wanken, wo rechtspopulistische bis rechtsextreme Kräfte an die Macht kommen und sich an den Umbau der Justiz machen.

Umso überraschender dürfte es für manche gewesen sein, dass es nun eine der oben genannten Parteien selbst war, die nur etwas mehr als ein halbes Jahr später das Bundesverfassungsgericht mindestens vorläufig deutlich beschädigt hat. Die Ansage vieler CDU-Abgeordneter, einen der vom zuständigen Bundestagsausschuss

bereits verabredeten Wahlvorschläge für das Richteramt am Bundesverfassungsgericht abzulehnen, führte dazu, dass insgesamt drei Posten im Juli nicht nachbesetzt werden konnten; mehrere Bundesverfassungsrichter\*innen müssen jetzt über ihre Amtszeit hinaus und in einem Fall trotz Erkrankung weiterhin tätig bleiben. Und sie führte vor allem dazu, dass das unabhängig arbeitende und gerade deshalb hoch angesehene Karlsruher Gericht in den Verdacht der Parteilichkeit gerückt worden ist.

Das dürfte ganz im Sinne der so genannten »Alternative für Deutschland« sein. Einem in der Vorwoche der abgesagten Richterwahl bekannt gewordenen Papier der rechtsextremen Partei lässt sich entnehmen: Sie will mittels Kulturkampf »Linke, SPD und Grüne nach links zwingen« und die »Gegensätze zwischen Union und SPD unüberbrückbar machen«. Es geht ihr darum, die schwarz-rote Koalition zu spalten und somit schließlich die – ohnehin äußerst wacklige – »Brandmauer« der Union gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD zu »stürzen«.

Ohne jede Not hat die CDU mit der abgesagten Wahl von Frauke Brosius-Gersdorf zu einer von 16 Bundesverfassungsrichter\*innen nun mindestens zwei Interessen der AfD von sich aus bedient. Zum einen wurde eines der wichtigsten kulturkämpferischen Themen, die verfas-

sungsrechtlich äußerst komplexe Frage nach der Abwägung des Schutzes des ungeborenen Lebens gegen das Selbstbestimmungsrecht der schwangeren Frau, auf die tagespolitische Agenda gesetzt. Zum zweiten ist Schwarz-Rot mit massivem gegenseitigem Misstrauen unter den Koalitionär\*innen in die Sommerpause gegangen. Und zum dritten sollte bedacht werden, dass auch die Beschädigung des Gerichts sowie einer in Fachkreisen hochrespektierten Wissenschaftlerin im Interesse von Kräften liegt, die zurecht im Ruf stehen, die Institutionen des Rechtsstaats und die Unabhängigkeit der Wissenschaft aushöhlen zu wollen.

Es weht ein Hauch von Trumpismus durch die Union: Demokratische und rechtsstaatliche Spielregeln stehen seit dem Amtsantritt von Friedrich Merz und seiner Ministerriege so stark unter Feuer wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dies begann bereits, als der amtierende Bundesinnenminister beschlossen hat, ein Gerichtsurteil zu ignorieren und weiterhin illegale Zurückweisungen an den Grenzen vornehmen zu lassen. Und dies setzt sich fort, wo eine Regierungsfraktion den Konsens verlässt, gemeinsamen Verabredungen zu folgen, und die Wahl von Bundesverfassungsrichter\*innen wie in den USA bei der Besetzung von Posten im Supreme Court parteipolitisch instrumentalisiert.

»Demokratien besitzen geschriebene Regeln (Verfassungen) und Schiedsrichter (Gerichte). Aber diese [...] überdauern am längsten in Ländern, in denen die Verfassung durch ungeschriebene Spielregeln ergänzt wird. Diese Regeln oder Normen dienen als »weiche« Leitplanken der Demokratie, indem sie verhindern, dass die alltägliche politische Auseinandersetzung in einen Konflikt ausartet, in dem keine Rücksicht auf Verluste genommen wird«, schrieben die Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt bereits 2018 in ihrem warnenden Buch »How Democracies Die«.

Es ist allen demokratischen Kräften, die sich auf die Hetzkampagne gegen Frauke Brosius-Gersdorf eingelassen haben, dringend ans Herz zu legen, sich mit den Ergebnissen der Forschung zu den zentralen Ursachen der weltweit zu beobachtenden Erosion von Demokratien auseinanderzusetzen. Sonst werden sie sich weiterhin von Rechtsaußen treiben lassen und geraten damit am Ende in Gefahr, gemeinsam mit rechtsstaatlichen Institutionen selbst unterzugehen.

**Judith Amler** ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland sowie der Attac-Arbeitsgruppe gegen Rechts.

## Tax the Rich

## Nach der Petition ist vor der Vermögensteuer!



Foto: Sascha Bachmann

Seit dem 1. Mai dieses Jahres hat die Attac-Bundestagspetition die Attacies auf Trab gehalten – und es hat sich gelohnt! Am 12. August wurden 67.975 Mitzeichnungen an die Obleute der demokratischen Fraktionen des Petitionsausschusses des Bundestags übergeben – entgegengenommen wurden sie allerdings nur von Vertreter\*innen der Grünen und der Linken.

Bereits nach der Hälfte der sechswöchigen Online-Laufzeit hatte die Petition das notwendige Quorum von 30.000 Mitzeichnungen überschritten. Zudem waren von Attacies zu dem Zeitpunkt auch bereits über 20.000 Unterschriften auf Papier gesammelt worden. Damit hatte sich die Petition schon vorzeitig für eine offizielle Anhörung im Petitionsausschuss qualifiziert. Wann die Anhörung stattfinden wird, ist leider noch nicht bekannt.

Es ist ein großer Erfolg für die Kampagne, dass so viele Menschen gemeinsam mit Attac mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit fordern – nun muss der Bundestag diesem deutlichen Wunsch endlich nachkommen! Denn eine faire Vermögensteuer stärkt die Basis der Demokratie, bekämpft Ungleichheit und generiert dringend benötigte Einnahmen für öffentliche Infrastruktur, Klimaschutz und soziale Sicherheit.

Vor allem die SPD als Regierungspartei ist jetzt gefragt. In ihrem Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2025 hatte sie zu Recht beklagt, dass die aktuelle Steuerpolitik ungerecht ist und die Besitzer\*innen von hohem Vermögen zu wenig zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beitragen. Die SPD hatte damals versprochen, die seit Jahren ausgesetzte Vermögensteuer wieder zu aktivieren. Jetzt, wo die SPD Teil der Regierung ist, ist es allerdings still um dieses Versprechen geworden. Unsere Petition ist deshalb auch eine Erinnerung an die SPD, ihr Versprechen, für soziale Gerechtigkeit sorgen zu wollen, endlich einzulösen.

Mit dem Ergebnis dieser Bundestagspetition im Rücken wird Attac natürlich am Thema bleiben und weiterhin Druck machen – für Steuer-gerechtigkeit und eine Vermögensteuer!

## Grüner Wasserstoff aus Namibia

## Ein neues Kapitel deutscher Kolonialgeschichte?



Auf dem Gebiet des heutigen Staates Namibia befand sich die deutsche Kolonie »Deutsch-Südwestafrika«. Es ist Stätte des deutschen Völkermords an den Nama und Ovaherero, der sich gerade zum 120sten Mal jährt. 60.000 bis 70.000 Menschen wurden ermordet. Eine »Wiedergutmachung« gibt es immer noch nicht, denn das »Versöhnungsabkommen«, das die Bundesrepublik mit der namibischen Regierung abschließen wollte, trifft auf Protest der betroffenen Völker – sie sind nicht beteiligt worden.

Gleichzeitig spielt Namibia in der »Wasserstoffstrategie« der Bundesregierung und der EU eine zentrale Rolle, und es gibt eine Vielzahl von Aktivitäten, um die Lieferung von Grünem Wasserstoff aus diesem Land sicherzustellen. Am größten derzeit geplanten Projekt im Süden Namibias – dem Gebiet der Nama – ist das deutsche Unternehmen ENERTRAG beteiligt. Die

Nama sind wieder nicht in die Planung einbezogen worden und sind zurecht empört, weil das Projekt einen wichtigen Gedenkort an den Völkermord, »Shark Island«, gefährdet.

Außerdem stoßen die Intransparenz von Vergabe und Bedingungen und die ökonomischen und ökologischen Auswirkungen des Projektes auf Kritik aus der Zivilgesellschaft: Der Vertrag wurde bis heute nicht veröffentlicht. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Namibia befürchten, dass hier nur der Bedarf der Länder des Nordens bedient wird, anstatt die Energieversorgung vor Ort auszubauen.

Mit einer Speakers Tour durch Deutschland im Oktober möchte Attac die Stimmen derjenigen in der BRD hörbar machen, die sowohl von den Folgen der deutschen Kolonialvergangenheit, als auch von den Auswirkungen der heutigen Energiepolitik betroffen sind. Dabei soll die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung aus der Sicht der Betroffenen bewertet und in einen kolonialen Kontext gesetzt werden. Als Gäste aus Namibia werden Paul Thomas von der Nama Traditional Leader Association (NTLA) und Tjipura Unaune Tjipura vom Economic Social Justice Trust, einer zivilgesellschaftlichen Orga-

nisation, die Tour bestreiten. Die Attac Tour stützt sich auf eine Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Medico International, Powershift und der Werkstatt Ökonomie und wird gefördert von Brot für die Welt, der Stiftung Umverteilen und dem Katholischen Fonds.

Die Tour nimmt ihren Auftakt in Brüssel anlässlich der European Hydrogen Week Conference 2025, begleitet von einer Attac-Aktion. Danach macht sie nach jetzigem Planungsstand Halt in Tübingen (1.10.), bei der BUKO in Kassel (3.10.), Bochum (5.10.), Bremen (6.10.), Hamburg (7.10.), Berlin (8.10.), Leipzig (11.10.), Köln (13.10.) und Mannheim (14.10.). Auch in Berlin ist eine begleitende Aktion geplant, außerdem insgesamt zwei Veranstaltungen, von denen eine mit Vertreter\*innen von ENERTRAG stattfinden soll und eine sich schwerpunktmäßig mit der Aufarbeitung deutscher kolonialer Vergangenheit befasst. Ihren Schlusspunkt setzt die Rundreise mit einer Veranstaltung von Medico International am 15.10. in Frankfurt.

Genauere Informationen zu den einzelnen Terminen finden sich unter:

[attac.de/namibia-wasserstoff](https://attac.de/namibia-wasserstoff)

Menschen in Attac

# Alles von allen für alle

Joachim Braun (64) ist seit fast 25 Jahren Attac-Mitglied und engagiert sich bei Attac Düsseldorf. Seinen inhaltlichen Schwerpunkt hat er vor allem auf Rentenpolitik gelegt und ist einer der Autor\*innen des neuen Attac-Basistextes zum Thema Rente (siehe Seite 11). Wir haben mit ihm über Rentenmythen und solidarische Sicherungssysteme gesprochen.

**Joachim, wie bist du zu Attac gekommen, und warum?**

Ich bin seit 2001 dabei, weil ich den globalen Ansatz von Attac und auch die Bedeutung, die Attac den Finanzmärkten gegeben hat, richtig und wichtig fand. Das waren Themen, die mich interessiert haben. Ich habe vorher in der Türkei an einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät das Fach Wirtschaftskommunikation vertreten und hatte daher einen Zugang zu Wirtschaftsthemen, obwohl ich selbst kein studierter Ökonom bin. Ich habe Germanistik, Philosophie und Geschichte studiert und arbeite derzeit als Lehrer, unter anderem auch für Wirtschaft und Politik. Meine »Freizeitarbeit« in der AG Finanzmärkte in Düsseldorf mache ich sehr gerne, weil sich da sehr kompetente und angenehme Menschen engagieren.

**Was war der Anlass für einen Basistext zur Rente?**

Für das politische Frühstück von Attac Düsseldorf organisieren wir vierteljährlich einen Vortrag, über den wir dann mit den Gästen in die Diskussion gehen. Ich hatte die Renten vorgeschlagen, weil ich mich schon längere Zeit über die Art der Berichterstattung dazu geärgert hatte. Da werden sehr viele irreführende oder schlicht falsche Aussagen immer wiederholt – ein lohnendes Thema, um sich genauer damit zu beschäftigen. Je mehr ich das getan habe, umso mehr Dimensionen hat das Thema bekommen. Deshalb habe ich angeregt, dazu einen Basistext zu schreiben, und habe mir Mitautor\*innen gesucht.

**Welches Beispiel für solche Falschaussagen fällt dir spontan ein?**

Wir haben gerade ein sehr schönes Beispiel von unserer neuen Wirtschaftsministerin

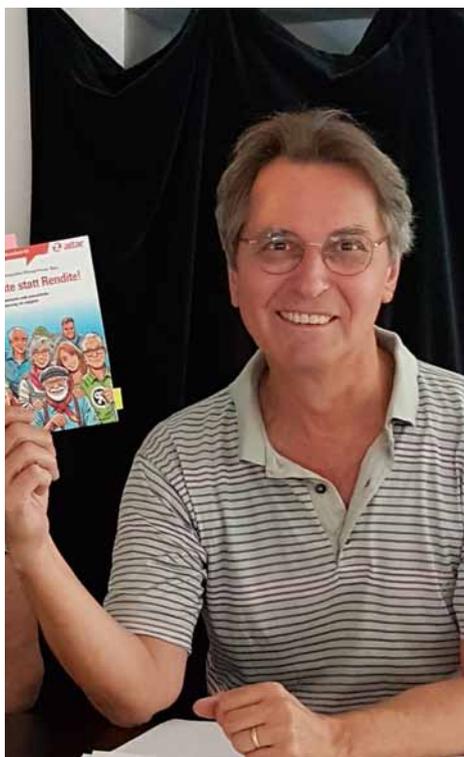


Foto: privat

gehört. Ihren Vorstoß, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, hat sie mit der Aussage begründet, es könne auf Dauer nicht gutgehen, wenn die Menschen ein Drittel ihres Erwachsenenlebens in Rente sind. Diese grotesk falsche Behauptung, die dem Vorstoß zugrunde liegt, wurde medial nicht infrage gestellt. Dabei kann man das ganz einfach überprüfen. Mit 18 ist man erwachsen. In der Regel geht man künftig mit 67 Jahren in Rente. Das sind 49 Jahre Erwachsenenleben. Und nach der jetzigen durchschnittlichen Lebenserwartung lebt man danach noch etwa 16 Jahre. Das ist also sogar weniger als ein Viertel des durchschnittlichen Erwachsenenlebens.

**Was ist das eigentliche Interesse hinter der Erzählung, die Menschen wären zu lang in Rente?**

Diese Behauptungen haben eine lange Tradition. Mit einer vermeintlich drohenden »demografischen Katastrophe« wurde bereits um die Jahrtausendwende die damalige sogenannte Rentenreform vorbereitet. Man stützte sich

dafür auf Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes, die von einem starken Bevölkerungsrückgang in den folgenden Jahrzehnten ausgingen. Solche Modellrechnungen werden fälschlicherweise immer »Prognosen« genannt, was sie nicht sind. Es sind Berechnungen aufgrund von Annahmen, die vielleicht plausibel sind, von denen man aber nicht weiß, ob sie wirklich eintreten. Inzwischen ist die Bevölkerung gewachsen und das Statistische Bundesamt geht nicht mehr von einem Bevölkerungsrückgang aus. Die Behauptungen einer dramatischen Zuspitzung der Rentensituation sind aber geblieben. Jetzt werden eben andere angeblich gefährliche Entwicklungen ins Feld geführt.

Die Dramatisierung der Demografie ist ein Argumentationsmuster von Leuten, die ein Interesse daran haben, dass weniger Geld in die Rente fließt. Das sind einerseits natürlich die Unternehmen, die die Hälfte der Rentenbeiträge tragen. Wenn die Rentenbeiträge sinken, profitieren sie davon als erste. Das zweite ist das Interesse der Finanzwirtschaft, die bei sinkendem Rentenniveau Produkte zur privaten Zusatzabsicherung verkaufen kann – ein lukratives Geschäft.

**Was für eine Rentenreform wäre aus deiner Sicht wirklich nötig?**

Da muss man zwei Stufen unterscheiden. Zwar ist die akute Situation des derzeitigen Rentensystems nicht so desolat, wie es immer erzählt wird, aber durch den Niedriglohnsektor in Deutschland entstand eine Einnahmelücke in den Rentenkassen. Höhere Löhne, die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus wären deshalb zentrale Maßnahmen, um das derzeitige System zu stabilisieren. Und für ein zukünftiges, nachhaltig gerechtes System wünschen wir uns eine umfassende Bürger\*innenversicherung, die sich nicht nur auf die Rente bezieht, und in die nicht nur Erwerbstätige einbezogen sind. Alles, was für ein würdiges Leben nötig ist, sollte bezahlt werden, und zwar von allen Einkünften, wie Unternehmenseinkünften, Arbeitseinkünften und Kapitaleinkünften – und zwar für alle, nicht nur für die, die einzahlen. Im Prinzip also: alles von allen für alle.

## Attac-Basistext 63

# Rente statt Rendite!

Altersarmut wird zu einem immer ernsteren sozialen Problem: Viele gesetzliche Renten liegen unter oder nur knapp über dem Grundversicherungsniveau. Um die Ursachen dafür zu verstehen, müssen die drei Säulen des Rentensystems analysiert werden: die gesetzliche Rente, die Betriebsrenten und die Riesterrente. Deutlich wird dabei, warum der Ausbau der privaten Vorsorge wie zum Beispiel die Einführung der Riesterrente keine Probleme gelöst, sondern eher verschärft hat. Auch die von der vergangenen Bundesregierung geplante Aktienrente war und ist keine Lösung. Die Darstellung der historischen Entwicklung, die zur Schwächung der gesetzlichen Rente geführt hat, verdeutlicht vielmehr, wie die Rente Opfer einer profitorientierten Wirtschaftspolitik wurde.

Deren Befürworter konnten erfolgreich die öffentliche Darstellung der Rentenproblematik beeinflussen. Es kursieren inzwischen viele falsche Behauptungen über die gesetzliche Rente, zum Beispiel dass die demografische Entwicklung die Rente bald unbezahlbar machen würde oder armutsfeste Renten eine unzumutbare Belastung für die jüngere Generation darstellten.

Auch diese Mythen werden in dem Attac-Basistext widerlegt. Schließlich untersuchen die Autor\*innen, mit welchen Maßnahmen die gesetzliche Rente stabilisiert werden könnte.



Auf dieser Grundlage entwickeln sie einen Vorschlag für ein solidarisches und armutsfestes Rentensystem.

*Joachim Braun / Julia Elwing / Werner Rätz: Rente statt Rendite! Eine solidarische und armutsfeste Alterssicherung ist möglich, Attac-Basistext 63, 96 Seiten, 8,50 Euro*

Der Attac-Basistext kann im Attac-Shop bestellt werden: online unter [attac.de/shop](http://attac.de/shop) oder telefonisch unter 069-900 281-10.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: [datschutzbeauftragter@attac.de](mailto:datschutzbeauftragter@attac.de)

## Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

## Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.  
Tel. 069-900 281-10  
E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)  
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO<sub>2</sub>-neutrale Versand mit der Deutschen Post

## Für eine starke Zivilgesellschaft – wider den Autoritarismus!



Foto: Philip Eichler

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Demokratie muss ständig aufs Neue erkämpft werden. Das wurde in allen Keynotes und Diskussionen bei der Attac-Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche deutlich. Auch die Beiträge in dieser Ausgabe des Rundbriefs spiegeln diesen Appell. Eine starke, kritische Zivilgesellschaft ist dabei unerlässlich.

Die Forderung, die Verhältnisse auf nahezu allen Ebenen unserer Gesellschaft zu demokratisieren, ist zentral für Attac. »Für eine Demokratisierung der Finanzmärkte« war einer der ersten prominenten Slogans von Attac. »Für eine demokratische Kontrolle der Daseinsvorsorge!« forderten wir schon vor vielen Jahren. Und das Motto unserer bislang sehr erfolgreich verlaufenden Kampagne für die Wiedereinführung der Vermögensteuer (siehe Seite 9) lautet »Tax the Rich – Demokratie geht nur gerecht.«

Das ist kein Zufall. Als Netzwerk für globale Gerechtigkeit ist für Attac klar: Ungleichheit destabilisiert Demokratien und befeuert den Autoritarismus. Sie macht es den Demokratiefeinden vom äußerst rechten Rand leicht, Unterstützer\*innen für ihre menschenfeindlichen Positionen zu finden: Sie machen die Ärmsten zu

Sündenböcken dafür, dass es auch vielen anderen finanziell immer schlechter geht, dass die Unsicherheit wächst und immer mehr Menschen Angst vor der Zukunft haben. Voller Energie wird nach unten getreten, damit ja niemand beginnt, nach oben zu schauen. Und wer profitiert von der zunehmenden Ungleichheit? Die Reichen und Überreichen, die derweil ihren Vermögen beim Wachsen zusehen.

Darum gilt: Die Waffen gegen Autoritarismus sind Solidarität und Widerstand. Beides wird bei Attac aktiv politisch gelebt und vertreten. Doch das können wir nicht ohne deine Hilfe! Deine Spende ist ein konkreter Beitrag gegen den Abstieg in den Autoritarismus – für Gerechtigkeit und Demokratie! Unter [attac.de/spenden](https://attac.de/spenden) oder mit dem hier angehängten Überweisungsträger kannst du uns ganz leicht unterstützen. Herzlichen Dank!

## Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter: [attac.de/jetzt-erst-recht](https://attac.de/jetzt-erst-recht)

### SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC		Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.	
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)					
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.					
IBAN					
DE57430609670800100800					
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)					
GENODEM1GLS				ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.	
Betrag: Euro, Cent					
Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)					
ggf. Stichwort					
RBF2503					
PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)					
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)					
IBAN					
DE					
06					
Datum			Unterschrift(en)		

SPENDE